

Lieber Plan A als Plan B

Von Sylvia Sredniawa

Fr, 20. April 2018

Gemeinderat in Kampfesstimmung / Knappe Mehrheit will den RKK mit Zuschuss umstimmen.

WALDKIRCH. Ein weiteres Mal hat sich der Gemeinderat Waldkirch mit der Zukunft des Bruder-Klaus-Krankenhauses beschäftigt. Die Grundstimmung wechselte zwischen dem Willen, weiter um den Erhalt des Waldkircher Krankenhauses zu kämpfen (Plan A) und der Auffassung, dass die Entscheidung nun allein beim Träger, dem Regionalverbund Kirchlicher Krankenhäuser, liegt und es gelte, Ideen für danach zu entwickeln (Plan B).

Oberbürgermeister Roman Götzmann räumte anfangs ein, dass es "nach den Äußerungen von Herrn Fey" (RKK-Geschäftsführer) in der BZ-Podiumsdiskussion schwer falle, "dem Gemeinderat Vorschläge zu unterbreiten". Allenfalls den, mit dem Landkreis in einen strukturellen Gesundheitsdialog einzutreten, um die Zukunft zu planen. Bernd Fey hatte bei der Diskussion die Ideen für finanzielle Unterstützungen, um das Krankenhaus zu erhalten, rundweg zurückgewiesen.

Zunächst hörten sich die Räte die rechtlichen Ausführungen von Prof. Dominik Kupfer an. Im Ergebnis wurde damit noch klarer, dass die Verantwortung für eine bedarfsgerechte Krankenhausversorgung laut Gesetz beim Landkreis (nicht bei der Stadt) liegt. Nach dem Kommunalrecht wäre eine Unterstützung des BKK durch die Stadt möglich, sofern ein spezifischer Bedarf nachgewiesen wird und die Bezuschussung mit den allgemeinen Haushaltsgrundsätzen der Stadt (Konkurrenz zu anderen Aufgaben) vereinbar wäre. Nach dem EU-Beihilfenrecht sieht die Sache anders aus. Rechtlich problematisch sei ein "nicht unerheblicher Betrag" (alles über 200 000 Euro innerhalb von drei Jahren; für größere Beträge sei ein aufwändiges Verfahren notwendig). Auf Nachfragen aus dem Rat stellte Kupfer fest, dass private Beihilfen erlaubt sind.

Dann holte Michael Behringer (CDU) zu einem historischen Diskurs aus: Er erinnerte an 1968, als es Demonstrationen gegen Fahrpreiserhöhungen gab. Heute zweifle niemand mehr an, dass der Personennahverkehr mit öffentlichen Geldern unterstützt werden muss. Auch beim Krankenhaus müssen "wir ein Zeichen setzen", um ein Umdenken einzuleiten. "Wir brauchen unsere Krankenhäuser – ein Krankenhaus muss kein wirtschaftliches Unternehmen sein!" Jo Rothmund (DOL) stimmte ihm zu, fragte sich aber, "wer hier den Rudi Dutschke macht".

Rothmund fand auch, dass der Landrat noch keine schlüssige Antwort gegeben habe, wo die im Landeskrankenhausplan stehenden BKK-Betten künftig hinkommen. Zuständig einzugreifen, wenn der Bedarf nicht gedeckt würde, sei das Regierungspräsidium, merkte Prof. Kupfer an. Das aber will sich laut OB Götzmann erst mit der Frage beschäftigen, wenn

eine Entscheidung des Trägers vorliegt. Das fanden die Räte eindeutig zu spät. Auch Prof. Kupfer merkte an, dass das RP schon jetzt Szenarien entwickeln müsste.

Keine Unterstützung zu erwarten – aber trotzdem...

Bernd Zickgraf (FWW) definierte die Krux in der freien Trägerschaft der Klinik. Wiederholt wurde die Frage gestellt, "was können wir tun, um unser Krankenhaus zu retten". "Von den drei Männern, die da oben saßen" (Minister Lucha, Landrat Hurth und RKK-Chef Fey bei der Podiumsdiskussion) "wird uns keiner unterstützen", sagte Rothmund. Dies formulierte der OB ähnlich. Barbara Thien (FWW) fand, man solle beim Baden-Württemberg-Tag am 5./6. Mai ein Zeichen setzen, zum Beispiel mit einer Demonstration. Es sei ja auch das Fernsehen da.

Oberbürgermeister Roman Götzmann versuchte den Blick eher auf die Zukunft zu richten. "Wir brauchen einen strukturellen Gesundheitsdialog", der sich mit der Bedarfsermittlung beschäftigt, und zwar auch der für Kurzzeit- und andere Pflegeplätze, denn Krankenhäuser würden immer mehr zu bloßen Operationszentren. "Wir wollen aber nicht die Schließung moderieren, sondern das Krankenhaus erhalten", entgegnete Christian Ringwald (CDU): "Wir sehen uns nach wie vor in der Pflicht uns zu engagieren." Der bereits vorliegende Antrag der CDU auf einen Betriebskostenzuschuss wurde aufrechterhalten.

Gabi Schindler (SPD) fand, dass der CDU-Antrag "reine Augenwischerei" sei, denn der Träger "hat ganz klar gesagt, dass er das nicht will". Außerdem könnten sich die klammen Gemeinden das gar nicht leisten, nicht mal Waldkirch. Es gehe ja dem RKK auch nicht allein um die Deckung des jährlichen Defizits, sondern er brauche das Geld aus dem BKK-Verkauf. "Jeder sieht doch, dass wir nur zuschauen können. Wir haben überhaupt keine Handhabe." Man müsse in die Zukunft schauen und hoffen, dass zusammen mit einem neuen Träger unter anderem die Notaufnahme und die Dialyse gesichert werden. Jo Rothmund nannte das Plan B: "Wir kämpfen aber für Plan A."

Eine knappe Mehrheit erhielt schließlich der dreiteilige CDU-Antrag. Die Stadtverwaltung soll mit dem Angebot für einen über fünf Jahre zu zahlenden Zuschuss von je 220 000 Euro an den RKK herantreten (1). Kreis und Gemeinden im Elztal werden gebeten, sich ebenfalls zu beteiligen (2). Zugestimmt wurde auch einer externen Prozessbegleitung (3). Die Stadt soll zudem den Landkreis zu einem strukturellen Gesundheitsdialog auffordern und den Bedarf für Kurzzeit- und Pflegeplätze ermitteln (Verwaltungsvorschlag).